

BVG und Verdi erreichen Einigung: Ein Ende der Streiks in Sicht!

BVG und Verdi haben einen Tarifvertrag erzielt, der Gehaltserhöhungen und eine Einmalzahlung umfasst. Zustimmung der Mitglieder nötig.



Berlin, Deutschland - Am 12. April 2025 haben die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Gewerkschaft Verdi eine Einigung im Tarifstreit erzielt. Die Verhandlungen, die im Januar 2025 begannen, wurden durch ein Schlichtungsverfahren, in dem Matthias Platzeck und Bodo Ramelow eine vermittelnde Rolle spielten, erfolgreich abgeschlossen. Verdi hatte zuvor fünfmal zu Ausständen aufgerufen, was die BVG an mehreren Tagen lahmlegte. Im März 2025 erklärte Verdi die Verhandlungen für gescheitert und stimmte für einen unbefristeten Streik, konnte jedoch durch die Schlichtung überzeugt werden, einen Kompromiss zu akzeptieren, wie **rbb24 berichtet**.

Die Einigung sieht eine Erhöhung des Grundgehalts um 430 Euro monatlich vor, rückwirkend zum Januar 2025. Diese wird in zwei Schritten umgesetzt: Zunächst erfolgt eine Erhöhung von 380 Euro zum 1. Juni 2025, gefolgt von weiteren 50 Euro ein Jahr später. Zudem vereinbarten die Parteien eine einmalige Zahlung von 1.500 Euro für die ersten fünf Monate des neuen Vertrags sowie eine Anhebung der Fahrdienst- und anderen Zulagen. Darüber hinaus wird das Weihnachtsgeld angepasst. Die Verdi-Tarifkommission hat die Zustimmung zu diesem Angebot empfohlen, und die Mitgliederbefragung wird in den kommenden Tagen starten und bis zum 28. April 2025 laufen.

Streiks und Einigung

Um den Tarifstreit endgültig zu beenden, müssen mindestens 25 Prozent der Mitglieder zustimmen. Verkehrssenatorin Ute Bonde bezeichnete die Einigung als gute Nachricht für die Beschäftigten und die Berliner Bevölkerung. Erneute Streiks sind bis Ende 2025 ausgeschlossen, da der Manteltarifvertrag im Frühjahr 2024 ausgelaufen ist. Verdi-Verhandlungsführer Jeremy Arndt und BVG-Personalvorständin Jenny Zeller-Grothe äußerten sich sehr zufrieden mit dem Kompromiss, der die anhaltenden Spannungen im Unternehmen verringert.

Währenddessen hat auch im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Einigung gefunden werden können. Nach mehreren Wochen intensiver Streiks wurde eine Vereinbarung erzielt, die unter anderem eine Gehaltserhöhung von 3% ab dem 1. April 2025 vorsieht, mit einem Mindestbetrag von 110 Euro monatlich. Zusätzlich wird es eine weitere Erhöhung um 2,8% ab dem 1. Mai 2026 geben, sowie Anpassungen beim 13. Monatsgehalt und den Schichtzulagen, wie **ZDF berichtet**.

Kontext und Herausforderungen

Der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst betraf über 2,5 Millionen Beschäftigte, darunter Mitarbeiter in der Verwaltung, Kitas,

Müllabfuhr und im Nahverkehr. In den Verhandlungen hatten die Gewerkschaften ursprünglich eine Gehaltserhöhung von 8% gefordert, dazu mindestens 350 Euro mehr sowie drei zusätzliche freie Tage. Die Arbeitgeber boten in der dritten Verhandlungsrunde eine Erhöhung von 5,5% an, was nicht ausreichte, um die Gewerkschaften zufriedenzustellen, bevor die Schlichtung unter Roland Koch und Henning Lühr die Verhandlungen wieder auf Kurs brachte. Bundesinnenministerin Nancy Faeser lobte den Tarifabschluss als ausgewogenen Kompromiss in schwierigen Zeiten.

Die Herausforderungen und Spannungen in den Tarifverhandlungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, einen Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufrechtzuerhalten, um zukunftsfähige Lösungen für alle Beteiligten zu finden.

Details	
Vorfall	Tarifverhandlungen
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rbb24.de• www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de